

**Regierungserklärung
Hessischer Ministerpräsident
Aktuelle Entwicklung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Rede Rolf Kahnt am 31. Oktober 2020

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unstrittig ist eines: Solange es keine wirksamen medizinischen Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Corona-Pandemie gibt, müssen Politik und Gesellschaft versuchen, die weitere Ausbreitung des Corona-Virus nach besten Kräften zu verlangsamen, idealerweise vereint. Es spielt dabei übrigens gar keine Rolle, wer in Berlin oder in Wiesbaden in Regierungsverantwortung steht. Ausschlaggebend für unser Handeln muss unsere gemeinsame Verantwortung für die Gesundheit unserer Gesellschaft insgesamt sein.

Meine Damen und Herren, dabei muss es um Verhältnismäßigkeit und die Wahl von Mitteln gehen, wie der Pandemie heute und zukünftig beizukommen ist, und nicht zuletzt auch darum, wie wir uns selbst als Vorbilder verhalten, um die Akzeptanz erforderlicher und nach Möglichkeit nicht übertriebener Maßnahmen in unserer Bevölkerung zu sichern.

Verschiedene Maßnahmen, die im Frühjahr getroffen wurden und auch über den Sommer hinweg bis heute Bestand haben, wurden und werden in der Öffentlichkeit überwiegend akzeptiert: Abstand halten, Hygieneregeln beachten und das Tragen eines Mund- und Nasenschutzes. So unangenehm diese Regeln für den Einzelnen auch sein mögen, sie sind nicht unzumutbar. Trotz vieler wenig erfreulicher Folgen darf man annehmen: Die Beschränkungen des öffentlichen Lebens in den Monaten des Lockdown wurden von den meisten Menschen als notwendig akzeptiert. Ihnen gelten unser Respekt und unser Dank.

Meine Damen und Herren, diese Akzeptanz gilt es auch jetzt im Hinblick auf die exponentiell ansteigenden Fallzahlen zu erhalten. Das setzt voraus, dass die Bevölkerung, die nun mit den am 28. Oktober in der Bund-Länder-Konferenz beschlossenen Maßnahmen gezwungen ist zu leben, diese auch verstehen und nachvollziehen kann.

Gastronomiebetriebe, Hotels, Kulturstätten wie Theater und Opern müssen für vier Wochen geschlossen bleiben, obwohl sie in den vergangenen Monaten mit viel Investitionsbereitschaft zuverlässige Hygienekonzepte geschaffen haben. Diesen Betrieben und ihren Mitarbeitern drohen nun wiederholt existenzielle Einnahmeverluste, obwohl das RKI bei ihnen nur untergeordnete Infektionsorte sieht.

Hotels und Pensionen ist die Aufnahme von Touristen untersagt, was dem von Gerichten ausgesetzten Beherbergungsverbot nahezu gleichkommt.

Im Sport wird es weiterhin Geisterspiele geben. Schlimmer noch: Unzählig vielen begeisterten Hobbysportlern werden selbst kontaktlose Breitensportarten wieder untersagt. Hier fehlen Erklärungen, meine Damen und Herren. Ist das, insbesondere bezogen auf den zuletzt genannten Fall, wirklich vonnöten?

Zu begrüßen ist hingegen insgesamt als schwacher Trost, dass Schulen und Kitas offen gehalten werden. Vernünftigerweise besteht Übereinkunft, dass ein Präsenzunterricht nicht ersetzt werden kann, trotz der Erfahrungen durchaus ansehnlicher häuslicher Beschulungen, wozu übrigens auch die Angebote durchaus chancenreicher digitaler Lehr- und Lernformen zählen.

Dennoch ist zu bemängeln, dass längst nicht alle Schülerinnen und Schüler mit Ersatzunterricht glücklich bzw. erreicht wurden. Es bleibt daher nur Ersatz in der Not – mehr nicht.

Immerhin gut ist, dass es den Ländern überlassen bleibt, Entscheidungen über erforderliche Schutzmaßnahmen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Pandemie zu treffen. Ohne Frage: Wir leben in schwierigen Zeiten, weil es um erhebliche materielle und soziale Einbußen geht.

Deshalb müssen politische Entscheidungen, die Millionen von Menschen in ihren Freiheitsrechten und in ihren Lebensgewohnheiten erheblich beeinträchtigen, durch Sachlichkeit, Verantwortungsgefühl und Augenmaß gekennzeichnet bleiben.

Das sind notwendige Gebote, weil die Eindämmung der Pandemie nur mit und nicht gegen die Menschen gelingt, die mit diesen erneut getroffenen Entscheidungen leben sollen. Die Einberufung einer Sondersitzung dieses Parlaments und die Entgegennahme der Regierungserklärung sind gut und richtig. Dennoch wäre es ebenso gut gewesen, wenn unser Parlament in diesem Hohen Haus zu Beratungen und Abstimmungen über ein gemeinsames Pandemie-Vorgehen zusammengekommen wäre, und zwar bevor die tief einschneidenden Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz gefasst wurden.

Mein letzter Satz. – Zu guter Letzt erlaube ich mir den Hinweis: Nur Parlamente sind legitimiert, Grundrechte einzuschränken. Sie im Nachgang über getroffene Beschlüsse nur zu informieren, schmälert Parlamente in ihren ureigenen vornehmsten Beteiligungsrechten. – Vielen Dank.